

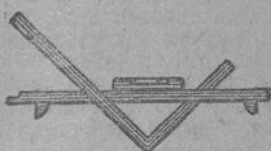
Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

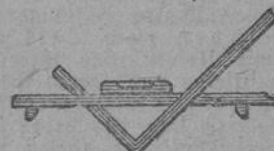
Offizielles und fachwissenschaftl. Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahn-



für die Vertretung der Standesinteressen
Rotten- und Hilfsrottenführer e. V.



Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4 gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.



Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 15

Dahlhausen-R., 1. August 1919

8. Jahrgang

Inhalt: Dankagung. — Ministerialerlaß vom 11. Juli 1919. — Der 10. Verbandstag. — Bericht über den 10. ordentlichen Verbandstag des Verbandes deutschen Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer. — Weimar. — Eingefandt. — Vereinsnachrichten. — Verbandsnachrichten. — Versammlungskalender. — Inserate.

Dankagung.

Für die mir vom Verbands Deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer überwiesenen 300 Mark Sterbegeld für meinen, am 25. Mai 1919 verstorbenen lieben Mann, unsern guten Vater, sowie dem Bezirksverein Altena-Siegen für die schöne Kranzspende sagen wir herzlichen Dank. Angesichts dieser segensreichen Wirksamkeit des Verbandes rufe ich jedem noch fernstehenden Kollegen, dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, dem Verbands beizutreten.

Weidenau, den 5. Juli 1919.

Witwe Andree und Kinder.

Ministerial-Erlass vom 11. Juli 1919.

Der Herr Minister weist in einem Rundschreiben darauf hin, daß seitens der Eisenbahner-Verbände zur Sprache gebracht worden sei, daß die Rottenarbeiter in der Regel zunächst zum Bahnwärter- und Weichenstellendienst ausgebildet würden, die Prüfungen für diese Dienstzweige ablegten und später erst die Ausbildung zum Rottenführer durchmachten, an die sich die Prüfung zum Rottenführer anschließt.

Dann heißt es in dem Erlass weiter: Da die Anstellungsverhältnisse im Bahnwärter- und Weichenstellerdienst günstiger seien als im Rottenführerdienst, würden die Hilfsrottenführer vor Ernennung zum Rottenführer zumeist vorerst als Bahnwärter oder Weichensteller planmäßig angestellt, aber trotz dieser Anstellung in einer anderen planmäßigen Stelle noch als Hilfsrottenführer beschäftigt. Eine derartige zuvorige planmäßige Anstellung in einem anderen Dienstzweige liege aber nicht im wirtschaftlichen Interesse der Verwaltung, da die betreffenden Bediensteten bestrebt seien, in dem Dienstzweig, in dem sie planmäßig angestellt seien, wegen der Aussicht auf besseres Weiterkommen zu verbleiben. Es sei daher der allgemeine Wunsch der Rottenführer, in der Stellung als Hilfsrottenführer bis zur planmäßigen Anstellung als Rottenführer belassen zu werden.

Die Eisenbahndirektionen wollen binnen 10 Tagen berichten, ob und inwieweit die Angaben des Verbandsvorsitzenden zutreffen, welche Bedenken der Erfüllung des Wun-

sches der Rottenführer etwa entgegenstehen und um welchen Zeitraum sich etwa die Wartezeit der Rottenführer auf planmäßige Anstellung verlängern würde, wenn sie unmittelbar zum Rottenführer ernannt werden würden.

Indem ich vorstehenden Erlass zur Kenntnis der Mitglieder bringe, bitte ich sofort mitzuteilen: 1. Namen des Hilfsrottenführers, der zum Bahnwärter oder Weichensteller ernannt ist und noch Rottenführerdienst versehen muß; 2. das Dienstalter. Für derartige Angaben von Nichtmitgliedern wäre ich dankbar.

E. Schneider, Verbands-Vors.

Der 10. Verbandstag

des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer e. V., Sitz Essen.

Drei Jahre sind verflossen, die, anfangs von besten Hoffnungen und Wünschen erfüllt, so kläglich für das Deutsche Reich endeten. Dann kam der erlebte Frieden, welcher Deutschland vollständig zu Boden warf. In dieser Zeit der tiefsten Schmach des deutschen Volkes versammelten sich am 12., 13. und 14. Juli d. J. die Delegierten der Bezirksvereine des Rottenführerverbandes zur Beratung über die Geschichte und Ziele desselben. Leider muß hier zu Anfang gleich gesagt werden, daß ein großer Teil der Bezirksvereine die Zeit nicht erkannt hat, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß von 62 Bezirksvereinen nur 35 Delegierte anwesend waren. Lobend muß anerkannt werden, daß die Bezirksvereine der besetzten Gebiete ihre Delegierten entsandt hatten, um zu erkennen zu geben, daß der kollegialische Geist dort noch rege ist, wenngleich die Verbindung mit dem Verbandsvorstande fast vollständig darnieder lag, sogar die Fachzeitung den Mitgliedern nicht übermittelt werden konnte. Die Verhandlungen selbst zeigten einen recht ruhigen, friedlichen Charakter, welches lobend anerkannt werden muß. Nur bei Behandlung der Standesfragen ergriff die Delegierten eine Entrüstung, als der Vorsitzende bekannt gab, daß die Bahnmeister uns einen allgemeinen Aufstieg in die Klasse der Werkführer nicht gönneten, sondern eine Beförderungsstelle innerhalb des Rottenführerstandes schaffen wollen, dies auch beim Ministerium beantragt haben, und wie der Vorsitzende des Bahnmeisterverbandes mitgeteilt hat, dies bei der Verwaltung Anhang gefunden hat. Hierdurch sind die Bahnmeister den Rottenführern in den Rücken gefallen, dadurch ist das gute Einvernehmen zwischen den beiden Ständen wieder gestört worden, welches leider nur kurze Zeit gedauert hat. Der Verbandstag erhob denn auch den schärfsten Protest gegen diese

Hinterkurrenarbeit der Bahnmessler; er verwirft ganz entschieden die Beförderungsstelle da dies nur zur Augenblende führt und die Rottenführer dieselben Zustände weiter behalten würden, die sie mit allen Mitteln auszurotten suchen. Die Rottenführer nehmen das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ für sich voll und ganz in Anspruch und verbitten sich ganz entschieden jede weitere Unterdrückung. Sie verlangen die Aenderung der Dienstvorschrift dahin, daß diese den nackten Tatsachen entspricht, andererseits treten sie auch für eine verschärfte Prüfungsordnung ein. Eine weitere Steigerung der Erregung unter den Delegierten konnte festgestellt werden, als folgender Satz aus der Wochenschrift für Bahnmessler Nr. 25 vom 22. Juni 1919 verlesen wurde. Dort heißt es wörtlich: „Eine neue Erschwerung ist dazu gekommen: Die Rückenstärkung verblenderter und mit unerfüllbaren Hoffnungen großgefütterter Arbeiter und mit ihnen zum Teil auch der Unterbeamten, die mit Unterstützung ihrer Verbände zum Kampfe gegen die mittleren und oberen Beamten entschlossen sind und namentlich den Dienststellenvorstehern, die wir Bahnmessler fast durchgängig sind, das Leben sauer machen werden. Die engere Fühlungnahme der oberen mit den mittleren Beamten ist dafür nur ein kleines, jedoch angenehm empfundenes Gegengewicht.“ Ein Sturm der Entrüstung folgte nach Verlesen dieser Worte. Klipp und klar sagen da die Bahnmessler den Unterbeamten, und das kann doch kein anderer als die Rottenführer sein, den Kampf an. Wer hat denn den Unterbeamten das Leben sauer gemacht? Und wer kann dies auch ferner nach obigen Worten tun? Der Zusammenschluß der oberen mit den mittleren Beamten soll hierzu das Nötige beitragen. Ist es überhaupt einem Unterbeamten möglich, dem Dienststellenvorsteher das Leben sauer zu machen, ohne selbst davon den größten Schaden zu haben? Nicht wir wollen befehlen, aber als Menschen wollen wir behandelt werden. Ein enger Zusammenschluß sämtlicher Eisenbahnbeamten ist unter diesen Umständen unmöglich. Die Folge war denn auch, daß die Frage des Anschlusses des Verbandes an eine Großorganisation nach eingehender Aussprache dahin entschieden wurde, daß der Verband auf ein Jahr der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner angeschlossen bleibt, den Bezirksvereinen es überlassen bleibt, dem Gewerkschaftsbunde deutscher Eisenbahnbeamten beizubleiben oder nicht.

Die Stellenzulage für die Hilfsrottenführer fand einen besonderen Vertreter in dem Hilfsrottenführer Gebauer-Dülsdorf. Sein Antrag, daß der Vorstand die Verwaltung auffordern solle, die Stellenzulage alsbald zu zahlen, andernfalls die Hilfsrottenführer ins Arbeiterverhältnis zurücktreten würden und die Führung der Rotten ablehnten, wurde angenommen. Auch die Frage der Dienstaufwandsentschädigung, die wir ja auf Wunsch der Bahnmessler zurückstellen sollten, bis dieselben den Punkt für sich erledigt hätten, fand dahin Erledigung, daß die Forderung aufrecht erhalten bleiben sollte. Was den Leitungsausschüssen und Weichenschlossern recht ist, ist den Rottenführern billig.

Eine ganze Reihe anderer Anträge zu Standesfragen kam noch zur Sprache, welche teils zurückgezogen, teils dem Vorstände zur weiteren Erledigung übergeben wurde. Zu erwähnen bliebe noch, daß die Delegierten dem Antrage des Verbandsvorstandes stattgegeben haben und die Beiträge auf 3 M. vierteljährlich festgesetzt sind, ab 1. 10. 1919.

Wie schon eingangs erwähnt, bestand bei den Delegierten trotz der regen Aussprache Einmütigkeit, so daß der Vorsitzende den Verbandstag mit herzlichen Dankesworten an die Versammlung schließen konnte und mit dem Wunsche auf ein frohes Wiedersehen im nächsten Jahre in Halle a. S.

Durch Veröffentlichung des stenographischen Berichtes der Verhandlungen in der Zeitung erfahren die Mitglieder alles Nähere.

Bericht

über den 10. ordentlichen Verbandstag des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer e. V., Sitz Essen-Ruhr,

am 12., 13. und 14. Juli 1919 im Rest. Ruhland, Essen.

Verbandsvorsitzender Carl Schneider, Dahlhausen, eröffnet um 2 Uhr die Tagung mit folgenden Worten: Werte Kollegen! Ich eröffne hiermit den 10. ordentlichen Verbandstag des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer. Ich freue mich herzlich, Sie hier begrüßen zu können. Ich muß es mir jedoch versagen, eine längere Ansprache an Sie zu richten, da es mit meiner Gesundheit

dermaßen schlecht steht, daß ich meine Kraft aufsparen muß für die nachfolgenden, wichtigeren Beratungen. Als wir 1916 in Saarbrücken Abschied nahmen, dachte wohl keiner von uns daran, daß es uns verjagt sein würde, im nächsten Jahre in Essen unseren 10. Verbandstag abzuhalten. Wir haben drei Jahre warten müssen. Und unter welchen Verhältnissen halten wir jetzt unseren Verbandstag? Deutschland liegt zerschmettert am Boden. Es bedarf der Mitarbeit eines jeden von uns, um unser armes Vaterland wieder aufzurichten. Zu dieser Mitarbeit sind auch wir an unserer Stelle berufen. Ich richte an Euch die Bitte, helft alle mit, damit unser liebes Vaterland wieder empor gebracht wird. Dann möchte ich noch eine andere Bitte an Euch richten, das ist die Bitte zur Einigkeit. Es stehen schwerwiegende Fragen auf der Tagesordnung und ich bin mir bewußt, daß es zu schweren Auseinandersetzungen kommen wird, aber wir müssen uns vor Augen halten, daß die Verhandlungen dem Wohle unseres ganzen Standes dienen sollen. Alles andere, jedes Sonderinteresse, jedes Gehässige, muß unbedingt fern gehalten werden, wenn wir das Ziel erreichen wollen, das wir uns gestellt haben. Darum noch einmal: Seid einig, einig, einig!

Der Vorsitzende begrüßt dann im besonderen den Vertreter des Reichsartells, Gewerkschaftssekretär Anebel, und teilt mit, daß die Eisenbahndirektion es nicht für nötig erachtet habe, einen Vertreter zu entsenden. Allerdings habe man sie nicht besonders eingeladen, sondern sie nur von der bevorstehenden Tagung benachrichtigt.

Darauf begrüßt Kollege Kürten namens des Bezirksvereins Essen die Erschienenen.

Es wird jetzt in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: Prüfung der Vollmachten der Delegierten und Anfertigen der Anwesenheitsliste.

Vertreten sind 35 Bezirksvereine, die insgesamt 3087 Mitglieder vertreten, und zwar:

Bez.-V. Aachen, Delegierter Joh. Jansen, 56 Mitglieder,

„ Altona-Hamburg, Heinrich Parbs, 128

„ Barmen-Rittershausen, Peter Müller, 50,

„ Berlin, Karl Hermann, 288,

„ Braunschweig, G. Wendhausen, 71,

„ Bremen, Carl Smoor, 52,

„ Breslau, Heinrich Scholz, 305,

„ Kassel, Konrad Salzmann, 53,

„ Dortmund, Johann Rurhner, 58 und

„ Düsseldorf, Wilhelm Gebauer, 26,

„ Duisburg, Johann Fint, 99,

„ Erfurt, Heinrich Frenzel, 252,

„ Essen, Hermann Käthen, 125,

„ Frankfurt a. M., Josef Seuring, 74,

„ Gießen, Ludwig Ufer, 116,

„ Guben, Paul Raaf, 23,

„ Hamm i. Westf., Wilhelm Kollsträter, 13,

„ Hagen i. Westf., Wilhelm Schürmann, 77,

„ Halle, Otto Mennide, 106,

„ Hannover, Heinrich Eggers, 66,

„ Köln, Georg Kastenholz, 123,

„ Krefeld, Gerhard Wanden, 74,

„ Königsberg i. Pr., Fritz Kahle, 87,

„ Leipzig, Fritz Lemser, 53,

„ Löben, August Kanapin, 57,

„ Lüneburg, Johann Benf, 23,

„ Magdeburg, Heinrich Schulz, 162,

„ Marienwerder, Wilhelm Dirla, 122,

„ Münster, Heinrich Heil, 77,

„ Nienburg, Friedrich Kleinschmidt, 24,

„ Northeim, Heinrich Schmidt, 48,

„ Paderborn, Anton Nolte, 75,

„ Stettin, L. Cummrow, 118,

„ Wittenberge, Wilhelm Niemann, 23,

„ Salzweil, Hermann Ries, 23.

Außerdem sind anwesend vom Vorstand: Der Verbandsvorsitzende Carl Schneider, der Schriftführer Johann Kädgers und der Schatzmeister Adam Berg, sowie als Beisitzer: Karl Helsenmann, Ferdinand Kürten, Richard Kraning, Karl Ringe, Hermann Berns, Johann Zeiß und vom Reichsartell Gewerkschaftssekretär Otto Anebel.

Punkt 2 der Tagesordnung: Jahres- und Kassenbericht. Berichterstatter Kädgers, Berg und die Kassenrevisoren.

Schriftführer Kädgers verliest einen eingehenden Bericht über die Entwicklung des Verbandes während der verflossenen Jahre und führt folgendes aus:

Jahres- und Geschäftsbericht 1918/19 des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfs-rottenführer e. V.

Statistisches.

1. Geschäftsbericht für das Jahr 1918:	
Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. 1917	4056
Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. 1918	4121
Zugang	108
Abgang:	
a) natürlicher Tod	31
b) durch Unfall	5
c) freiwilliger Austritt	7
	auf. 43

Bei Pensionierung wurde in 7 Fällen die Zahlung des Ausgleichsgeldes nachgesucht, und zwar von je einem Mitglied der Bezirksvereine Gießen, Bremen, Berlin, Kottbus, Köln, Guben und Löben. In 4 Fällen wurde Rechtsschutz gewährt für je ein Mitglied von den Bez.-Vereinen Hannover, Mienburg, Barmen-Rittershausen und Allenstein. In 28 Fällen mußte Sterbegeld für Ehefrauen gezahlt werden. Inventarien sind in Höhe von 768,95 Mk. vorhanden. Der Gesamtvorstand hielt 2, der engere Vorstand 3 Sitzungen ab.

2. Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1919:	
Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. 1918	4121
Die Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 1919	4388
Zugang	474
Abgang:	
a) natürlicher Tod	19
b) durch Unfall	2
c) freiwilliger Austritt	3
d) infolge Annullation von Eßsaß-Verträgen	183
	auf. 207

Bei Pensionierung wurde in 3 Fällen die Zahlung des Ausgleichsgeldes nachgesucht, und zwar von je einem Mitglied der Bezirksvereine Mienburg, Halle a. S. und Berlin. In 2 Fällen wurde Rechtsschutz gewährt für je 1 Mitglied von den Bezirksvereinen Breslau und Berlin. In 24 Fällen mußte Sterbegeld für Ehefrauen gezahlt werden. Inventarien sind in Höhe von 768,95 Mk. vorhanden. Der Gesamtvorstand hielt 2, der engere Vorstand 1 Sitzung ab. Eine Gewähr für die Richtigkeit der am Schlusse des Geschäftsjahres 31. 12. 1918 und des halbjährigen Geschäftsberichtes 30. 6. 1919 angeführten Mitgliederzahl kann insoweit nicht übernommen werden, da infolge der feindlichen Besetzung der Saar- und gesamten linksrheinischen Gebiete mit den dort in Frage kommenden Bezirksvereinen fast ganz bzw. teilweise die Verbindung unterbrochen ist. Ebenso läßt die Verbindung mit den Bezirksvereinen in den östlichen Provinzen, sowie im allgemeinen sehr zu wünschen übrig, so daß der Geschäftsgang des Verbandes unter den herrschenden Verhältnissen sich sehr erschwerend gestaltet. Ferner muß nach endgültiger Lösung der Polenfrage noch einem weiteren größeren Abgang von Mitgliedern Rechnung getragen werden. Einen überaus schmerzlichen Verlust haben wir zu beklagen, indem durch die gewaltsame Einverleibung Eßsaß-Lothringens an Frankreich, die Kollegen des Bezirksvereins Eßsaß-Lothringen entrissen wurden. Wir vermissen auf dem diesjährigen Verbandstage mit sehr bitteren Gefühlen die gewohnte Vertretung des Vereins Eßsaß-Lothringen durch dessen Vorstand in der Person des 1. Vorsitzenden, des allseitig beliebten und ehrwürdigen Kollegen Peter Krouhe. Wenn nun auch durch Gewalt die Kollegen vom Verein Eßsaß-Lothringen aus unseren Reihen entfernt wurden, unserem Herzen können sie aber nicht entrissen werden. Wir rufen daher unseren Kollegen von Eßsaß-Lothringen, sowie den Kollegen aus den östlichen Provinzen, die der Gewalt gehorchend von der heutigen Tagung fernbleiben müssen, keinen Abschied, vielmehr ein „Auf Wiedersehen“ zu.

Unterstützungswesen des Verbandes.

Die im diesjährigen Rassenbericht aufgeführten Zahlen der Leistungen unserer Wohlfahrts-Einrichtung haben zur Genüge hervor, welche segensreiche Einrichtung hiermit geschaffen wurde, so daß jegliche besondere Hervorhebung für die Mitglieder und selbst für die noch fernstehenden Kollegen sich erübrigt. Seit Bestehen unserer Wohlfahrts-Einrichtung wurde gezahlt:

Im Jahre	Sterbegeld	Unfall	Rechts-schutz	Ausgleichsgeld bei Pensionierungen
1909	1315,00	Vom Jahre 1909-18 wurde das Unfallgeld v. d. bez. Bezirke der Bez. Rottenführer in Berlin gezahlt	200,00	90,00
1910	2900,00		80,00	540,00
1911	3500,00		200,00	125,00
1912	4450,00		415,00	—
1913	3475,00	600,00	1260,63	150,00
1914	7912,50	800,00	316,50	25,00
1915	10800,00	1000,00	300,00	200,00
1916	12037,50	1000,00	338,40	75,00
1917	14887,50	1600,00	261,00	255,00
1918	14812,50	1200,00	501,70	400,00
bis zum 1. 7. 1919	9900,00	400,00	—	425,00
	85990,00	6600,00	3873,23	2285,00

Insgesamt wurden vom Jahre 1909 bis zum 1. Juli 1919 der Betrag von 98 749,23 Mk. gezahlt. Für unseren jungen und noch kleinen Verband eine überaus große Leistung. Da mit einer Erhöhung der Sterbeziffer in diesem sowie in den kommenden Jahren zu rechnen ist, so erscheint es dringend geboten, den vierteljährigen Beitrag zu erhöhen, damit eine Herabsetzung der Unterstützungsgelder vermieden bzw. der Bestand unseres Verbandsvermögens erhalten bleibt.

Allgemeine Lage des Verbandes.

Das Jahr 1918 mit seinen weltbewegenden außer- und innerpolitischen Ereignissen brachte das Erstarken des Organisationsgedankens in ganz erheblichen Massen wie nie zuvor. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug in der ersten Hälfte dieses Jahres 474 Mitglieder. Auch liegt für die zweite Hälfte dieses Jahres schon ein größerer Teil Neuaufnahmen vor, so daß auch hier noch mit einem sehr nennenswerten Zuwachs von Mitgliedern zu rechnen ist.

Wenn wir nun auch mit dem Mitgliederzuwachs im letzten haben Jahr im allgemeinen zufrieden sein können, so trifft dies nicht für alle unsere Bezirksvereine zu. Es gibt Bezirksvereine, welche seit 12 Jahren unseres Bestehens keine oder kaum nennenswerte Vermehrung von Mitgliedern herbeigeführt haben, vielmehr ist daselbst ein Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen. Die Kollegen in diesen Bezirksvereinen haben daher die Pflicht, hier nach dem Rechten zu sehen und dann mit verdoppelter Kraft an die Arbeit zu gehen, um in dem allgemeinen Wettbewerb und mit dem Aufschwung des Verbandes gleichen Schritt zu halten.

Diesen Kollegen, die das Zeichen der Zeit nicht verstehen können oder wollen, die lau und gleichgültig, vielleicht sogar noch aus Menschenfurcht beiseite stehen und zusehen, wie die anderen Kollegen sich für ihn und für die Zukunft seiner Familie abmühen, sind die Drogen an unserem Verbandskörper, sie sind ferner wie ein dünner Zweig am Baum, der abgefaßt oder von den Stürmen der Zeit weggeblasen wird. Wir schließen den diesjährigen Jahres- und Geschäftsbericht mit dem Wunsche, daß der Zug der Zeit erkannt und daß diese Erkenntnis bahnbrechend werde, daß nur im geschlossenen Ganzen die Ziele zu erreichen sind, die sich der Verband gestellt hat nach dem Grundsatz: Vereinte Kraft Großes schafft.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Rüdgers, Verbandschriftführer.

Dann erstattet Berg den Rassenbericht. Die Revisoren Schürmann und Rätchen bestätigen, daß an der Rassenführung nichts auszuweichen sei. Letzterer hebt noch besonders hervor, daß es eine wahre Lust sei, diese Bücher zu revidieren, so genau und richtig würden sie geführt. Dem Schatzmeister wird darauf widerspruchlos Entlastung erteilt.

Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die Entwicklung der Organisationen und ihre Ziele.

Verbandsvorsitzender Schneider ergreift das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Werde Kollegen! Wie wir aus dem Bericht des Kollegen Rüdgers entnehmen haben, ist die Entwicklung unseres Verbandes in den letzten Jahren gut vorangeschritten. Auch im entferntesten Winkel, abseits vom lauten Verkehr, hat man die Zeichen der Zeit verstanden, überall finden sich Kollegen, die Verständnis für die Organisation gewonnen haben. Endlich haben wir uns allgemein durchgerungen zu der Erkenntnis, daß ohne Organisation absolut nichts zu erreichen ist. Aber jetzt muß noch die Erkenntnis hinzukommen, daß wir trotz unseres Verbandes auch dann noch verkümmern müssen, wenn wir uns nicht einer großen Organisation anschließen, mit der wir zusammenarbeiten können. Wohl verstanden, ich betone: zusammenarbeiten. Wir wollen weiter auf eigenen Füßen stehen bleiben und weiterhinarbeiten in unserer Weise für unser besonderes Standeswohl arbeiten, aber in großen Wirtschaftsfragen, in den großen Fragen des Beamtenrechts usw. müssen wir uns einer großen Dr-

ganisation anschließen. Schon vor Jahren haben wir uns mit anderen Unterbeamtenverbänden dem Reichsartell der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner angeschlossen und dieser Anschluß wurde damals allenthalben lebhaft begrüßt. Man äußerte allseitige Befriedigung über diese Tatsache und freute sich, daß nun endlich der Stein ins Rollen gekommen war. Aber dann kam der Krieg. Er hat unserer Bewegung einen schweren Schlag versetzt. Das schlimmste ist, daß als Folge des Krieges die Erkenntnis wieder in den Hintergrund gedrängt worden ist, daß wir zusammengehören, daß die Unterbeamten zusammengehören. Wie töricht, sinnlos und gefährlich ist es, wenn die Unterbeamten sich gegenseitig bekämpfen, wie dies in der Vergangenheit so sehr der Fall war. So geriet die ganze Sache ins Stoden. Man hörte fast gar nichts mehr von der Bewegung. Es war eine verzweifelte Stimmung. Zu dieser Zeit lebte eine Bewegung ein, die wieder Zerspaltung in unsere Reihen brachte, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. Das traurigste ist, daß hierbei jene Leute die größte Rolle spielen, die sich früher um keine Organisation gekümmert haben, Leute, vor denen man Kniee tun mußte, wenn man etwas von ihnen zu erhalten wünschte. Heute nennen sie sich die geistigen Arbeiter der Eisenbahnverwaltungen und sie halten sich aus diesem Grunde für berechtigt, die Führung der ganzen Eisenbahnbeamtenschaft zu übernehmen. Ich sage, es ist eine traurige Erscheinung, daß die Unterbeamtenschaft, die doch 70 Prozent der gesamten Beamtenschaft ausmacht, so wenig Einfluß gewonnen hat. Die Unterbeamten sollen jetzt dazu verwandt werden, das herauszuholen, was die mittleren und höheren Beamten für sich wünschten. Mit dieser Behauptung und Beobachtung stehe ich nicht allein. So schreibt mir vor einigen Tagen Kollege Franz aus Trier: Kollegen, arbeitet und sorgt dafür, daß Ihr nicht wieder als Stimmvieh gebraucht und mißbraucht werdet. (Bravo!) Werte Kollegen! Machen wir uns einmal ein Bild von der Zusammenfassung des Vorstandes des Bundes deutscher Eisenbahnbeamten. Da sitzen 26 Eisenbahnobersekretäre im Vorstand und mir — sage und schreibe — 2 Unterbeamte im eigentlichen Sinne, denn die Lokomotiv- und Zugführer usw. rechnen sich ja nicht mehr zu den Unterbeamten. Man wird mir entgegenhalten, die Unterbeamtenverbände sind doch durch ihre Vorstände vertreten. Schön, aber wieviel Unterbeamtenverbände haben wir denn überhaupt, die gewerkschaftlich organisiert sind? Das ist die Frage. Das sind nur sehr wenige. Unser Verband ist gewerkschaftlich organisiert, aber viele andere Unterbeamtenverbände sind es nicht, und solche ohne gewerkschaftlichen Charakter werden vom Beamtenbund nicht anerkannt und können also auch nicht vertreten sein. So wie die Dinge jetzt liegen, drücken die Herren durch, was sie wollen, und wenn es gar nicht anders geht, dann werden Bezirksräte einberufen, wie es z. B. in Halle gewesen ist. Als ich damals nach Halle kam, mußte ich feststellen, daß von den dortigen Kollegen überhaupt niemand eine Ahnung von der Tagung hatte, obwohl doch unser dortiger Bezirksverein dem Beamtenbund angehörte. Was ist bei den Verhandlungen in Halle herausgekommen? Die ganzen Verhandlungen waren zwecklos und haben uns nur eine große Blamage eingetragen. Erinnern wir uns ferner daran, wie mit dem Gelde gewirtschaftet wird, das doch zu einem großen Teil auch aus unseren Taschen stammt. Ich nenne nur den Obersekretär Vange, früheren Vorsitzenden, wie ist der Mann mit den Bundeseinnahmen umgegangen! Für ganz kurze Reise: berechnete er 500 Mk. und mehr, bezog jährlich 1800 Mark aus der Bundeskasse als Aufwandsentschädigung. Ferner setzte er für eine Flasche Kognak 60 Mk. in Rechnung, für Reis usw. besondere Rechnungen und sogar für Abnutzung seiner Nerven einen entsprechenden Betrag. Nun, dieser famose Herr ist ja inzwischen abgelagt worden, aber ob es anders wird, ist noch eine Frage.

Ich komme jetzt zu einem noch schwerer wiegenden Punkt, der Haltung unserer Dienststellenvorsteher. Als die Stellwerkschlosser es durchgesetzt hatten, daß sie Bahnmeister werden konnten, waren die Bahnmeister gegen die Rottenführer wie umgewandelt und begannen nun auch mit uns Fühlung zu nehmen. Wir haben ihnen die Hände entgegengelegt, wir haben die Gegensätze nicht hervorgehoben, wir haben zum Teil sogar gebeten, sie möchten uns zu Hilfe kommen. Was haben wir geerntet? Das Gegenteil von dem, was wir erhofft und gewünscht hatten, ist eingetroffen.

Der 13. Mai war einer der glücklichsten Tage meines Lebens. An jenem Tage wurde uns von dem Herrn Minister zugesagt, daß mit der Regelung der neuen Besoldungsordnung die Rottenführer in die Klasse der Wertführer aufrücken sollten. Und was geschah dann? Die Herren Bahnmeister bekamen Wind von der Sache, der Vorstand des Bahnmeisterverbandes führte eine Rücksprache mit dem Minister herbei, dieser ließ sich zum Rücksitze bewegen und heute stehen wir

ungefähr wieder da, wo wir standen. Wohl sollen Rottenführer in die Klasse der Wertführer aufrücken, aber dies soll eine Beförderungsstelle sein. Die große Mehrzahl bleibt in der Weichenstellertklasse. Wir müssen hiergegen den schärfsten Protest einlegen.

Ich komme dann zu dem Kapitel Aufwandsentschädigung, zu dem auch noch Kollege Herrmann, der mich wiederholt in Berlin vertreten hat, das Wort ergreifen wird. Man sucht uns hinzuhalten mit der Begründung, daß zunächst die Bahnmeister in dem Besitz dieser Zuwendung sein müßten. Nun also, wenn dann noch etwas übrig geblieben ist, können ja auch die Rottenführer vielleicht etwas bekommen. Schwer zu denken sollte uns geben, was die Weichenstellerschicht der Bahnmeister schrieb; da heißt es an einer Stelle: Wir (die Bahnmeister) haben uns dem Gewerkschaftsbunde angeschlossen, damit wir Fühlung bekommen mit den oberen Beamten, um dadurch dem Terror der Unterbeamten und Arbeiter besser entgegenzutreten zu können. (Zurufe: Pfui! Pfui!) Werte Kollegen! Der Fingerzeig ist genug! Auf diesem Wege werden wir nichts erreichen.

Es bleibt für uns der Anschluß an die Freie Gewerkschaft oder an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Der Anschluß an die „Freie“ kommt für uns eigentlich nicht in Frage. Nicht etwa, weil ich gegen ihre politische Richtung etwas sagen will, im Gegenteil, ich könnte durchaus verstehen, wenn Kollegen sich auf diesen Boden stellen würden. Sondern ich meine deshalb, weil diese Gewerkschaft tatsächlich gegen unsere Interessen handelt. Fortgesetzt kommen die Hilfsrottenführer zu uns mit der Frage: Können wir denn nicht bald wieder unsere Zulage bekommen? Wer ist denn schuld daran? Nun, eben die Mitglieder der freien Gewerkschaft in der Lohnkommission, die statt an ihren einheitlichen Lohnforderungen festhalten und keine Sonderzuwendungen für eine bestimmte Gruppe dulden. Der Umstand aber, daß wir aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, führt uns zu einer Gewerkschaft, die mit den Arbeitern zusammenarbeitet. Lassen wir doch den verfluchten Beamtenfimmel endlich beiseite, er gehört nicht mehr in die Jetztzeit hinein. In wirtschaftlichen Interessen müssen wir mit den Arbeitern zusammengehen, sonst kommen wir überhaupt nicht zum Ziel. Wenn von anderer Seite gesagt wird, es ist nicht denkbar, daß wir mit den Arbeitern konform gehen können, so sage ich das gerade Gegenteil. Wollen wir an dem Beamtenbunde teilnehmen, bleibt die Frage offen, ob die Vorarbeiter im Verbands bleiben können; denn der Deutsche Beamtenbund schreibt vor, daß nur Beamte, die im Gewerkschaftsbund organisiert sind, Mitglieder sein können. Die Freie Gewerkschaft hat über 100 000 Beamte aufgenommen und die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat ebenfalls Sektionen für die Beamtenklasse gegründet. Infolgedessen werden uns die Mitglieder einfach entzogen und kein Arbeiter, der später Hilfsrottenführer wird, hat ein Interesse daran, bei uns einzutreten. Wir müssen uns also an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner anschließen, tun wir das nicht, kommen wir mit dem Mitgliederzuwachs zum Stillstand und zum Rückgang. Ich muß Ihnen auch noch mitteilen, daß wir seit dem 1. Juli dem Beamtenbunde nicht mehr angehören. Weil einzelne Bezirkegruppen aus dem Bunde ausgetreten waren, sollten wir uns bis zum 1. Juli unbedingt erklären, ob wir dem Bunde weiter angehören wollten. Falls bis dahin eine Antwort nicht erteilt werde, sei der Ausschuß vollzogen. Ich habe vorzeitig um Antwort gebeten, ob der Beschluß bestehen bleibe und was man zu tun gedachte, unsere Mitgliederzahl zu heben oder wenigstens auf der Höhe zu halten. Darauf hat mir der Gewerkschaftsbund keine Antwort gegeben. Daraus ist zu entnehmen, daß der Beschluß durchgeführt ist, und daß wir dem Bunde nicht mehr angehören. Nun noch die Frage: Wie ist denn der Vorsitzende dazu gekommen, die Zustimmung zum Beitritt zu dem Beamtenbunde zu geben? Da muß ich sagen: Erstens war die Zeit eine derartige, daß man nicht wußte, was los war, und zweitens habe ich auch eine gewisse Taktik dabei verfolgt. Ich habe mir gesagt: Der größte Teil der Bezirksvereine schließt sich dem Bunde an, da muß doch die Erkenntnis vorliegen, daß etwas Erpressliches dabei herauskommt. Leider habe ich in der Folge sehen müssen, daß nichts dabei herausgekommen ist, und daß es unmöglich ist, weiter mitzugehen.

Seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede stellt der Verbandsvorsitzende sodann zur Besprechung. Nach der Reihe der schriftlich erfolgten Wortmeldungen nehmen die einzelnen Delegierten zu der hochwichtigen Anschlußfrage Stellung.

Scholz, Bezirksverein Breslau: Es ist der Beitritt zur Gewerkschaft deutscher Eisenbahner empfohlen worden. Ich habe den Auftrag vom Bezirksverein Breslau, dafür einzutreten, daß wir nach wie vor fest zum Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten halten, und zwar aus folgenden Gründen: In den östlichen Gebieten, wo alles durcheinander

geht, wo
oder sonst
von den
der letzten
worden ist
beiterchaft
von der
von der
Beleidigung
schaft. Die
Spiele. D
nicht, ob
kommen, u
uns in d
erwähnt, l
sicher Eisen
schädlich au
Unterbeam
sie die St
wissen, da
aus 17 M
ante und
den Berat
diesen Me
Bestreben
beiterchaft
erlauben. I
heit die P
u. a. auch
wir es erz
mission ha
Verlangen
die Direkt
nach. Der
doch wenn
der Maßr
Wenn un
der Mini
geht dara
Scholz
Breslauer
und Flüch
lammensch
mals nach
bahner ei
richtend, f

Verhan

Die st
rungs s
tigen B
veranlaßt
handlung
schen Nat
4. und 5.
Deutsche
schäftsfüh
treten.

An d
dem Min
des Reich
forts war
ministerium
bildete d
Revision
Beschlüsse
Beschaffun

In ei
Beamten
gehoben,
drei auf
eine Gleich
heirateten
Tenerung
einer ein
derem No

Der
die Erfüll
scheidend
dieses u
habe zun

geht, wo wir nicht wissen, ob wir morgen Polen, Tschechen oder sonst was sind, ist es ausgeschlossen, so vorzugehen, wie von den Gewerkschaften vorgegangen wird. Wir haben in der letzten Zeit des Streiktaumels erfahren, wie uns zugelegt worden ist von der Arbeiterschaft, hauptsächlich von der Arbeiterschaft des Deutschen Eisenbahnerverbandes und teils auch von den anderen. Es ist ein Flugblatt verbreitet worden von der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, das stroht von Beleidigungen und sonstigen Anwürfen gegen die Beamenschaft. Die Existenz der ganzen Beamenschaft steht auf dem Spiele. Die Beamtenfragen schweben noch und wir wissen nicht, ob wir eines schönen Tages eine neue Regierung bekommen, weshalb ich es nicht für angebracht halte, daß wir uns in dieser Weise festlegen. Wenn der Herr Vorsitzende erwähnt, daß der Vorstand des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten so sonderbar zusammengesetzt ist, hauptsächlich aus mittleren Beamten, so liegt das lediglich an der Unterbeamtenerschaft selbst, wenn sie straff organisiert ist, muß sie die Stitze und Stimmen bekommen, die ihr zustehen. Sie wissen, daß wir in Breslau einen Beamterrat haben, der aus 17 Mitgliedern besteht: 10 Unterbeamte, 6 mittlere Beamte und 1 Oberbeamter. Es ist eine wahre Freude, bei den Beratungen die Kollegialität zu sehen. Wir haben durch diesen Meinungsaustausch schon sehr viel erreicht und unser Bestreben ist danach gerichtet, daß wir stets mit der Arbeiterschaft Hand in Hand gehen, soweit die Grenzen es erlauben. Nach den großen Streikmulten, bei welcher Gelegenheit die Forderungen auf Entfernung verschiedener Beamter, u. a. auch einiger Kottenführer, durchgedrückt wurde, haben wir es erzielt, daß eine paritätische Kommission gebildet wurde, die aus 3 Beamten und 3 Arbeitern besteht. Diese Kommission hat nun jeden Fall zu prüfen, wenn es sich um das Verlangen der Entfernung mißliebiger Beamter handelt; denn die Direktion gibt bei solchen Terrorisierungen ohne weiteres nach. Der Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamter hat doch wenigstens zustande gebracht, daß in jeder Weise von der Mäßregulierung der Beamtenerschaft Abstand genommen wird. Wenn uns die Direktion nicht in Schutz nehmen und auch der Minister uns nicht gegen den Terror schützen kann, so geht daraus hervor, daß wir auf uns selbst angewiesen sind.

Scholz kommt dann auf die mißlichen Verhältnisse im Breslauer Bezirk zu sprechen, die durch das Auswanderungs- und Flüchtlingselend hervorgerufen werden, ermahnt zum Zusammenstoß und zur Einigkeit und tritt zum Schluß nochmals nachdrücklich für den Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahner ein, einen dringenden Appell an die Versammlung richtend, seinem Standpunkte beizutreten.

(Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen des Deutschen Beamtenbundes in Weimar.

Die starke Beunruhigung, die wegen der Fragen der Teuerungszulagen, des Räte systems und der zukünftigen Besoldungsordnung in dem Beamtentum herrscht, veranlaßte den Deutschen Beamtenbund zu mündlichen Verhandlungen mit der Regierung und den Parteien der Deutschen Nationalversammlung. Die Besprechungen fanden am 4. und 5. Juli 1919 im Nationaltheater zu Weimar statt. Der Deutsche Beamtenbund war durch 10 Mitglieder seines Geschäftsführenden Vorstandes und durch sein Direktorium vertreten.

An der Besprechung mit der Regierung nahmen neben dem Ministerpräsidenten alle Reichsminister mit Ausnahme des Reichswirtschaftsministers teil. Von den preussischen Ressorts war das Ministerium des Innern und das Kultusministerium vertreten. Einziger Gegenstand der Tagesordnung bildete die Eingabe des Deutschen Beamtenbundes wegen Revision der laufenden Kriegsteuerungszulagen gemäß dem Beschlusse seines ersten Vertretertages und Gewährung einer Besoldungsbeihilfe.

In einer kurzen Begründung seitens der Vertretung des Beamtenbundes wurden nochmals die Gesichtspunkte hervorgehoben, die für eine Verminderung der Teuerungszulagen, drei auf zwei, für eine Vereinfachung der Kinderzulagen, eine Gleichstellung der unverheirateten Beamten mit den verheirateten ohne Kinder sowie eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulage sprechen. Die Notwendigkeit der Gewährung einer einmaligen ausreichenden Beihilfe wurde mit besonderem Nachdruck vertreten.

Der Reichsfinanzminister Erzberger, der für die Erfüllung der vorgetragenen Wünsche in erster Linie entscheidend ist, legte den Nachdruck auf ein arbeitsfreudiges und schuldenfreies Beamtentum. Die Regierung habe zunächst 1½ Milliarden Mark für die Senkung der

Lebensmittelpreise bewilligt. In den nächsten Tagen sollen Erleichterungen für die Bedarfsdeckung von Kleidung und Schuhen insofern eintreten, als der noch vorhandene Bestand an Stoffen, Wolle und Leder der Allgemeinheit unter Uebernahme eines Reichskostenzuschusses in Höhe von 500 Millionen Mark zugänglich gemacht werde. Die Finanzlage des Reiches bedinge eine eingehende Prüfung der Forderungen nach Erhöhung der laufenden Teuerungszulage und Gewährung einer einmaligen Beihilfe. Der Verminderung der Zahl der Teuerungsbezüge und der Vereinheitlichung der Kinderzulage stehe er sympathisch gegenüber.

Der preussische Kultusminister Hänisch als Vertreter des preussischen Staatsministeriums legt gleichfalls den Hauptwert auf die Senkung der Preise. Mit der fortlaufenden Erhöhung der Einkommen sei nicht gebient. Die Finanzlage Preußens sei eine solche, daß die Beamten heute schon Träger eines bankrotten Staates seien.

Der Reichsminister Dr. David begründet in eingehenden wissenschaftlichen Darlegungen, daß nur die Senkung der Preise für die Lebensbedürfnisse zur Besserung führen könne. Durch die Erhöhung der Einkommen steige zwar die zur Verfügung stehende Geldmenge, nicht aber das Warenangebot. Dieses werde im Gegenteil durch die fortschreitenden Streiks noch vermindert. Die Vermehrung des Geldes erhöhe nur die Nachfrage nach Waren. Da diese nicht in genügendem Umfange vorhanden seien, so sei eine fortlaufende Steigerung der Preise die Folge. Die Erhöhung der Einkommen müsse auf die Dauer zum Abgrund führen. Nur die Preispolitik, wie sie die Regierung neuerdings einschlägt, könne uns retten. Das Verständnis für diese Zusammenhänge müsse bei allen Bevölkerungsschichten geweckt werden.

Der Reichspostminister Giesberts glaubt, die Finanzlage mache eine gewisse Zurückhaltung zur Notwendigkeit. Die Herabsetzung der Zahl der Teuerungsbezüge auf einen würde er sehr begrüßen. Im übrigen sei der Nachdruck auf die schnelle Durchführung der Personalreform und die baldige Inangriffnahme der Besoldungsreform zu legen.

Die Vertreter des Beamtenbundes legten dar, daß die Politik der Herabsetzung der Preise für die Bedarfsartikel des täglichen Lebens in den Kreisen der Beamten auf volles Verständnis stöße, wenn auch bezüglich der Wirkung der getroffenen Maßnahmen noch allerlei Bedenken beständen. Die wirtschaftliche Lage der Beamten sei aber so, daß die laufenden Einnahmen knapp hinreichen, um leben zu können. Geld für Anschaffung von Kleidern usw. sei nicht vorhanden. Mit dem Angebot billiger Kleider, Schuhe usw. allein sei der Beamtenschaft nicht gedient. Der Staat müsse durch Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe die Möglichkeit geben, die Sachen auch kaufen zu können. Auch der bestehenden Verschuldung der Beamten könne nur durch eine einmalige Teuerungszulage einigermaßen abgeholfen werden.

Nachdem der Reichsschatzminister Dr. Mayer mitgeteilt hatte, daß wegen des Verteilungsplanes von Kleidern, Schuhen usw. eine Besprechung mit den Beamtenorganisationen in Berlin stattfinden werde, gab der Ministerpräsident Bauer folgende Erklärung ab:

„Die Regierung ist zur Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage bereit. Die Auszahlung soll im Verlauf des September 1919 erfolgen. Wegen der Höhe werden mit dem Deutschen Beamtenbund noch Besprechungen stattfinden. Der Verminderung der Teuerungsbezüge auf zwei steht die Regierung sympathisch gegenüber, ebenso der Vereinheitlichung der Kinderzulage. Auch darüber wird noch verhandelt.“

Dr. David erklärt, daß der Gesetzentwurf über das Beamtenrecht in der Ausarbeitung begriffen sei. Vor seiner Veröffentlichung würde den Beamtenorganisationen Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen. Bezüglich der Besoldungsreform hätten Vorbesprechungen stattgefunden, auch hier geschehe nichts Endgültiges ohne die Beamtendverbände.

An der Besprechung mit den Parteien beteiligten sich Vertreter aller Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung. Die Verhandlungen wurden seitens des Deutschen Beamtenbundes eingeleitet mit einem kurzen Bericht über die Stimmung der Beamten und die Besprechung mit der Regierung. Die Bildung eines interfraktionellen Beamtenausschusses wurde gewünscht. Im Laufe der Erörterungen wurden die Auffassungen der Beamten über die Verwirklichung des Rätegedankens näher beleuchtet.

Die Vertreter der Parteien erklärten nacheinander, daß die vorgetragenen Wünsche bei ihnen volles Verständnis finden. Ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie erwartete von den Beamten eine gewisse Zurückhaltung bei der Aufstellung von Forderungen u. Opferwilligkeit. Die Wünsche der Beamten wegen Verankerung der Grundrechte in der Verfassung würden erfüllt. Auf Anregung eines weiteren Ver-

treter der Mehrheitssozialisten legte man den Hauptwert auf die Erörterung der Frage, was praktisch geschehen könne. Der Vertreter der Deutschen demokratischen Partei regt die sofortige Gründung des interfraktionellen Ausschusses an. Dieser solle zunächst einen Vorstoß in der Frage der Teuerungszulage machen. Bei der Durchführung des Räte-systems müßten die Rechte des Parlaments gewahrt werden. Zu den Beratungen des interfraktionellen Ausschusses sollen die Vertreter des Beamtenbundes in wichtigen Fragen hinzugezogen werden. Die Zentrumsparterie läßt durch ihren Vertreter mitteilen, daß sie für zwei Teuerungsbezirke ist. In der Frage der Teuerungszulagen könne ein Rippenstoß des interfraktionellen Ausschusses, an dem das Zentrum sich gern beteilige, nichts schaden. Zu der Durchführung des Rätegedankens bei den Behörden habe das Zentrum noch nicht Stellung genommen. Das werde aber baldigst geschehen. Die Deutsche Volkspartei bezeichnet als Hauptziel der Beamtenpolitik, daß das Beamtentum nicht sozial und wirtschaftlich hinter der Arbeiterschaft zurückbleibe. Die Verbindung der Beamtenräte mit der Kammer der Arbeit sei unbedingt notwendig. Die Vertretung der Deutschen nationalen Volkspartei spricht sich mit Nachdruck für die Verminderung der Teuerungszulagen und die Vereinheitlichung der Kinderzulagen aus. Das Räte-system könne insoweit verwirklicht werden, als die Autorität der Betriebsleitung nicht darunter leide. Ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie betont, daß seine Partei für die restlose Durchführung des Räte-systems eintrete. Das wenige, was die Beamten forderten, könne daher ohne weiteres erfüllt werden. Ein anderes Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie schneidet die Frage an: inwieweit die Beamtenräte den Beamten als Produzenten erfassen und an der Verwaltung selbst beteiligt sein sollen.

Die anwesenden Vertreter des Beamtenbundes begrüßten die Bildung des interfraktionellen Ausschusses und vor allem die Anregung, daß dem Bund Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden soll. Die grundsätzliche Aufgabe des Ausschusses bestehe in der Förderung der Erkenntnis, daß Beamtenpolitik nichts anderes sei als ein Teil der allgemeinen Sozialpolitik. Der Ausschuss habe dafür zu sorgen, daß soziale Fortschritte zugunsten anderer Stände sofort durch Parallellaktionen auf die Beamten ausgedehnt werden. Nur dann, wenn die Regierung Reformen auch für die Beamten an den Tag lege, habe sie das Recht, gegen Auswüchse im Beamtentum mit Abwehrmitteln vorzugehen. Eine Förderung der Wünsche bezüglich der Teuerungszulagen durch eine Aktion des Ausschusses sei sehr zu begrüßen. Bei der jetzigen Beratung der Verfassung könne durch Verbindung der Artikel 128 und 182 die gewünschte Eingliederung der Beamtenräte in die Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat erfolgen. Im übrigen würde der Beamtenbund bezüglich des Rätegedankens bestimmte Vorschläge in kürzester Zeit unterbreiten. Eine weitere Aufgabe des Ausschusses sei die Inangriffnahme der Besoldungsreform.

Die Vertretung des Deutschen Beamtenbundes konnte Weimar verlassen mit dem Gefühl, doch manches erreicht zu haben. Hoffentlich führen die demnächst stattfindenden Verhandlungen wegen der Teuerungszulage zu einer Verständigung und haben die Maßnahmen zur Senkung der Preise die gewünschte Wirkung. In dem interfraktionellen Ausschuss hat die Beamtenenschaft ein Instrument, durch das ohne agitatorische Nebenzwecke für eine bestimmte Partei die Beamtenpolitik vorwärts geführt werden kann.

Eingelandt.

Vieles wird in unserer Zeitung geschrieben, vieles von großem Wert und Nutzen, aber auch manches, was wir entbehren könnten. Zu den Anträgen unseres Verbandsvorstandes möchte ich dahin Stellung nehmen, daß solche Bestrebungen bei uns hier schon verschiedentlich versucht wurden, aber immer an der Interesslosigkeit und wohl auch der Angst der einzelnen Kollegen vor ihren Vorgesetzten gescheitert sind. Nehmen wir unseren Bezirk Saarbrücken dazu heraus. Es ist nicht möglich, eine einzige richtig besuchte Generalversammlung zustande zu bringen, weil der Bezirk zu groß ist. Vor einigen Jahren hatte der Einsender den Antrag gestellt und durchgebracht, daß in Trier eine Ortsgruppe gebildet wurde; dieselbe kam zustande und ist nachher nur daran zugrunde gegangen, weil die Herren Kollegen vom Vorstand es nicht einmal für nötig fanden, die von ihnen selbst anberaumten Versammlungen zu besuchen. Wie steht es nun heute mit unserem Saarbrücker Bezirk? Liebe Kollegen! Jedem von ehrlicher Standesarbeit bewußten Kollegen muß es in der Seele schmerzen, wenn man sieht, daß wohl schon länger wie ein

Jahr keine Zusammenkunft mehr stattgefunden hat. Wie lange es seit der letzten Versammlung her ist, entzieht sich meiner Kenntnis, da ich selbst 2½ Jahre Soldat war und auch wegen der besagten Trierer Verhältnisse ausgeschlossen wurde. Es war mir zuwider, weitere Beiträge zu zahlen und bei uns doch keine Erfolge zu sehen. Im Monat Dezember 18 wurde ich wieder aufgenommen, bezahlte damals 10 Mark und hat um Zustellung des neuen Aufnahmeantrages, und was weiter zu zahlen sei; aber heute nach 6 Monaten habe ich trotz zweimaligen Schreibens noch keinen Bescheid. Nach den Friedensbestimmungen fällt das Saarbrücken unter französische Verwaltung; wie gedenken nun unsere Kollegen in Saarbrücken unsere Interessen weiter zu vertreten? Gerne gebe ich zu, daß durch die Besetzung eine Versammlung mit großen Schwierigkeiten verbunden war, aber was andere Verbände leisten konnten, mußten auch wir können. Den Kollegen im nichtfranzösischen Gebiet muß dieses ein Fingerzeig sein, die Augen offen zu halten; unser Geld muß deutschen Interessen dienstbar bleiben. Für die Organisation von Ortsgruppen, vielleicht im Rahmen der B.-V., muß gewirkt werden.

Für den Anschluß an eine Großorganisation muß ebenfalls eingetreten werden. Hoffen wir, daß der Bezirkstag die richtige Wahl trifft. Der Beamtenbund mit seiner zweideutigen Politik ist nichts für uns. Auch, liebe Kollegen, sind wir wohl alle zu schade, zum Stimmvieh für unsere oberen Beamten herabsinken zu wollen. In meinem Bezirk bin ich stets für eine Organisation der Arbeiter eingetreten und bei dem damaligen Beschluß unseres Verbandsvorstandes, der „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ beizutreten, habe ich sofort als erster Beamter die Gelegenheit wahr genommen und mich wieder an die Seite derer gestellt, aus deren Reihen wir alle hervorgegangen sind. Und, wer te Kollegen, stolze bin ich auf die Erfolge, welche uns beschieden sind. Bei uns gibt es keinen Kasernenton mehr, bei den Herren Bahnmeistern ist der Rottenführer das geworden, was er sein muß: ein Mitarbeiter der Dienststelle im wahren Sinne des Wortes. Bei Arbeiterentlassungen, Einstellungen und dergleichen wird bei uns der Rottenführer heute gefragt, und das, liebe Kollegen, ist, glaube ich, ein großer Fortschritt. Des weiteren sind durch unseren Zusammenschluß in Ortskartellen die Interessen und Wünsche aller Unterbeamten zusammengefaßt, und durch die Vertretung unserer gemeinsamen Interessen sind wir dem Rastengeist der einzelnen Gruppen ganz aus dem Wege gerückt. Durch diese Zeilen hoffe ich, unsere Kollegen im Saarbrücker Bezirk aus ihrem Dornröschenschlaf aufgerüttelt zu haben. Den übrigen Kollegen möchte ich gerügt haben, daß wir ohne den Anschluß an eine Großorganisation verkümmern müssen, und bitte den Hauptvorstand, diesen Anschluß nicht dort zu suchen, wo man früher uns nicht nur nicht beachtet, sondern meistens verachtet hat, und wo wir heute auch nur das Stimmvieh oder Kanonenfutter abgeben sollen. Jedoch muß auch in den Reihen einer Arbeiterorganisation uns das gewährleistet werden, was wir uns in den Reihen der Arbeiter und jetzt als Beamte als Recht verdient haben.

Mit kollegialem Gruß und Handschlag

Peter Franzen, Rottenführer.

Vereinsnachrichten.

Bez.-B. Barmen-N. Versammlungsbericht vom 20. 7. 1919. Die Versammlung wurde eröffnet und geleitet vom 1. Vorsitzenden. Punkt 1 (Beitragszahlung) wurde erledigt. Punkt 2: Aufgenommen wurde der Rottenführer Hugo Steffens, Burscheid. Zu Punkt 3 wurden die Beschlüsse des Verbandstages vom Delegierten Müller bekanntgegeben und erläutert. Punkt 4: Die Beiträge wurden mit Zustimmung sämtlicher anwesenden Mitglieder vom 1. Oktober d. J. an auf 3,50 Mark erhöht. Besonders wurde gewünscht, daß vom Vorstände mit aller Energie darauf hingearbeitet werden möge, daß die säumigen Mitglieder, welche die Versammlungen nicht besuchen, wenigstens ihre Beiträge pünktlich einsenden. Derjenige, welcher mehr als zwei Quartale rückständig ist, geht des Sterbegeldes verlustig. Die Beiträge müssen in jedem Vierteljahr für sämtliche Mitglieder dem Verbands eingeliefert werden. Angestellt mit Rückzahlung vom 1. April 1919 an sind die Kollegen Wilhelm Weusthoff, Sprockhövel und Bernhard Zülke, Dornap-S. Wir wünschen ihnen viel Glück. Die Versammlung wurde um 8 Uhr geschlossen. Anwesend waren 25 Mitglieder.

Wth. Born, Schriftführer.

Bez.-B. 7. 19, aber statt. Vor der verstorbenen haben von den 1. Vorordnung: 2. 3. Vereins-Niederchrift die Beitrags genommen den Umschlag Der 1. Vo desbezirk d glieder nam Umschlag m anwesenden Vorstehenden Bandsvorsta aus Beschlus band endgü der Verban was der B verschiedene doch der C richtige Dr mig beschlo organisation fallen würd tion zu ver den Bundes handlungen, stehende sprag lied mehr 9¼ Uhr di tag, den 7. dresstr. 20

Bez.-B. findet vorm Veramlun Kollegen m recht zahlr 1 und 2, Gelegenheit alle Kolleg zulaßen. D Mit kollegi

Bez.-B. 1919, vorm Treffpunkt Hof Oplade reich zu ersc Verein Dül einzuladen.

Bez.-B. 6. 7. 1919 1. Vorf. e richt wurde und rüdtän hoben. Au Werner. U Kollegen di viele mit so weiter Veramlun ihrem Aust sie im Fel Meuerungen Begreiflich. am etwas noch nicht leistet nichts legen, welch wenn der V sollen nur vorbringen Auch sollen dann werde hat oder n Zeit, wo e mit solchen die Verlam daß die fe wenn der

Bez.-B. Berlin. Verhandlung vom 3. 7. 19. Am 3. 7. 19, abends 7 Uhr, fand die Vierteljahresversammlung statt. Vor Eintritt in die T.-D. gedachte der 1. Vorsitzende der verstorbenen Verbandskollegen, deren Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Trotz aller Verkehrshindernisse waren die Mitglieder zahlreich anwesend, welche der 1. Vorsitzende im Namen des Vereins begrüßte. Tagesordnung: 1. Verlesen der Niederschrift der letzten Versammlung, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, Zahlen der Beiträge, 3. Vereins-, Verbands- und Bundesangelegenheiten. Die Niederschrift vom 5. 6. wurde verlesen und angenommen, die Beitragsszahlung erledigt. 3 neue Mitglieder wurden aufgenommen und vom Vorsitzenden begrüßt. Nunmehr wurden die Umschläge und Stimmzettel an die Mitglieder verteilt. Der 1. Vorsitzende erläuterte nochmals, warum der Bundesbezirk die Abstimmung wünschte. Die anwesenden Mitglieder nannten ihren Namen und gaben den geschlossenen Umschlag mit Stimmzettel am Vorstandstisch ab. Die nicht anwesenden Mitglieder wollen durch die Post an den 1. Vorsitzenden alles erledigen. Zur Stellungnahme des Verbandsvorstandes, welcher sagt, der Verbandstag muß durchaus Beschluß darüber fassen, welcher Gewerkschaft der Verband endgültig sich anschließen will: Seine Meinung hat der Verbandsvorstand in Nr. 12 der Zeitung empfohlen, was der Berliner Bezirksverein leider sehr bedauert. Durch verschiedene Redner wurde die Ansicht ausgesprochen, daß doch der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten die richtige Organisation wohl wäre. Es wurde nun einstimmig beschlossen, der Verbandstag möchte sich zu dieser Großorganisation entschließen, da den Bezirksvereinen es schwer fallen würde, ihre Bezirksvereinsforderungen bei der Direktion zu vertreten. Kollege Hermann erhielt das Wort über den Bundestag. Er schilderte den ganzen Verlauf der Verhandlungen, welches die Mitglieder begrüßten. Der Vorsitzende sprach Koll. Hermann den Dank aus. Da kein Mitglied mehr ums Wort bat, schloß der 1. Vorsitzende um 9 1/2 Uhr die Versammlung. Nächste Versammlung: Donnerstag, den 7. August, abends 6 1/2 Uhr im Vereinslokal, Andreasstr. 20.
Fr. Reime, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Breslau. Am Sonntag, den 24. Aug. d. Js., findet vormittags um 11 Uhr in Görlitz eine Ortsgruppen-Versammlung des Kottenführer-Vereins Breslau statt. Die Kollegen werden dringend ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Die Kollegen der Betr.-Aemter 1 und 2, Görlitz, Sorau und Hirschberg, sollen besondere Gelegenheit zur Teilnahme aller Kollegen finden. Auch sind alle Kollegen, welche noch nicht Mitglieder sind, mit einzuladen. Das Lokal wird noch besonders bekannt gemacht. Mit kollegialem Gruß. Heinrich Scholz, 1. Vor.

Bez.-B. Düsseldorf. Nächste Versammlung am 17. Aug. 1919, vorm. 9 Uhr, im Oberbau-Hauptmagazin in Opladen. Treffpunkt an diesem Tage bis 9 Uhr vorm. auf Bahnhof Opladen. Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen und recht viele Kollegen, welche dem Bez.-Verein Düsseldorf beitreten wollen, zu dieser Versammlung einzuladen.
J. A.: Deuf.

Bez.-B. Frankfurt a. M. Versammlungsbericht vom 6. 7. 1919. Die Versammlung wurde um 1,30 Uhr vom 1. Vor. eröffnet. Anwesenheitsliste und Versammlungsbericht wurden verlesen und letzterer angenommen. Beiträge und rückständiger Beitrag für den Beamtenbund wurden erhoben. Ausgenommen wurden die Koll. Koch, Knig und Werner. Unter „Verschiedenes“ kam zur Sprache, daß viele Kollegen die Versammlungen nicht mehr besuchen, auch noch viele mit ihrem Beitrage im Rückstand sind. Koll., soll es so weiter gehen, daß man auch gar nicht mehr in den Versammlungen sieht? Ja, einige Koll. haben sogar mit ihrem Austritt gedroht, weil der Verband in der Zeit, da sie im Felde waren, nichts für sie getan hätte. Solche Äußerungen sind den Kollegen, welche zu Hause waren, unbegreiflich. Wenn ein Verband sich die größte Mühe gibt, um etwas für seine Mitglieder zu erreichen, und es ist noch nicht verwirklicht, dann heißt es gleich: der Verband leistet nichts. Glauben denn die Kollegen, die anderen Kollegen, welche zu Hause waren, wären so still geblieben, wenn der Verbandsvorstand nicht gearbeitet hätte? Die Koll. sollen nur in die Versammlungen gehen und ihre Wünsche vorbringen und nicht gleich auf den Verband schimpfen. Auch sollen sie erst einmal den Verbandstagsbericht abwarten, dann werden sie schon sehen, ob der Vorstand gearbeitet hat oder nicht, und dann erst können sie ein Urteil fällen. Best, wo es heißt, zusammenhalten, kommen die Kollegen mit solchen Äußerungen. Ich sage allen Koll.: Besucht die Versammlungen, zahlt eure Beiträge und sorgt dafür, daß die fernstehenden Koll. dem Verein beitreten. Denn wenn der Verband stark ist, kann er auch etwas erreichen,

zumal jetzt die besten Aussichten auf Besserstellung für den Kottenführer vorhanden sind. Also, Koll., erscheint alle in der nächsten Versammlung, welche am 5. 10., nachm. 1 Uhr, im Vereinslokal stattfindet.

Der Vorstand. J. A.: Sahler.

Bez.-B. Köln. Am Sonntag, den 17. Aug. 1919, nachmittags 3 1/2 Uhr findet in Köln, Restaurant Bendheuer, Neuhof Str., gegenüber der Agneskirche, unsere Vierteljahresversammlung statt. In dieser Versammlung erstattet unser Delegierter seinen Bericht über den Verbandstag in Essen. Da auf dem Verbandstage wichtige Anträge, besonders über die Zukunft der Kottenführer, zur Besprechung gelangten, so liegt es im Interesse eines jeden Kollegen, dieser Versammlung beizuwohnen. Auch wird gebeten, daß die Kollegen möglichst neue Mitglieder werben, damit sämtliche Kotten- und Hilfskottenführer unserem Verein angehören. Die selben sind dem 1. Vorsitzenden, Kollegen Georg Kastenholz in Köln-Miehl, Hermesgasse 110, oder dem 1. Schriftführer, Matth. Caspers in Troisdorf, Poststr. 39, anzumelden. Bei der Anmeldung ist anzugeben: Name, Dienststellung, Datum der Geburt, Dienststelle, genaue Wohnungsangabe und seit wann Kottenführer. Im letzten Vierteljahr wurden 16 neue Mitglieder aufgenommen. Zu dieser Versammlung werden alle Kollegen, auch Nichtmitglieder, dringend und herzlich eingeladen.

Der Vorstand. J. A.: Caspers, 1. Schriftf.

Bez.-B. Leipzig. Bericht von der Versammlung am 2. Juli 1919. Der 1. Vorsitzende, Kollege Naumann, eröffnete um 7 1/2 Uhr mit Begrüßung der erschienenen Kollegen die Versammlung; insbesondere begrüßte er die 4 neuen Mitglieder Gredsch, Reuden; Görbig, Großtorfwiß; Johannes und Schwager, Leipzig. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Hentelmann vom 1. 7. an zum Kottenführer ernannt ist. Danach wurde in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1: Die Beitragsszahlung an den 1. Schatzmeister wurde erledigt. Punkt 2: Der Vorsitzende, Kollege Naumann, gab den Bericht über die Beamtenbundsversammlung vom 5. 6. 1919 bekannt, desgleichen ein Schreiben der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Es wurde eingehend erörtert, ob man sich dem Beamtenbund oder der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner anschließen wolle. Durch Abstimmung sprach sich die Versammlung einstimmig für den Anschluß an den Beamtenbund aus. Auch wurde einstimmig beschlossen, eine Zeitung vom Beamtenbundsverband zu beziehen. Punkt 3: Bericht von der Beamtenratsitzung in Halle über unser Gesuch vom 28. 2. 1919. Punkt 4: Es wurde nochmals über die Anträge zum Verbandstage gesprochen. Dem Delegierten, Kollegen Lemser, wurde die Vollmacht zum Verbandstag überreicht. Zu Punkt 5 kamen dienstliche Angelegenheiten zur Sprache. Schluß der Versammlung: 11 Uhr. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, den 6. August, abends 7 Uhr, im Vereinslokal statt.

J. A.: Jähnigen, 1. Schriftf.

Bez.-B. Marienwerder. Versammlungsbericht vom 6. Juli 1919. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden um 10,30 Uhr vorm. eröffnet. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes, 2. Rassenbericht, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Verschiedenes. Punkt 1: Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Dirla einstimmig wiedergewählt. Desgleichen sind der 1. Schatzmeister und der 2. Schriftführer in ihren Aemtern verblieben. Punkt 2: Der 1. Schatzmeister gab den Rassenbericht bekannt, welcher von den Kollegen Korn und Bethke geprüft und als in Ordnung befunden erklärt wurde, worauf die Versammlung dem 1. Schatzmeister Entlastung erteilte. Punkt 3: Aufgenommen wurde ein Mitglied. Punkt 4: Zum Delegierten nach Essen wurde einstimmig der 1. Vorsitzende gewählt, welcher die Wahl annahm. Die nächste Versammlung soll in Marienburg stattfinden. Zeit und Lokal wird später bekanntgegeben werden.
Vorl. Schriftführer.

Bez.-B. Münster. Einladung. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 10. August d. Js., vorm. 11 Uhr, in Münster, im Restaurant Holtkamp am Hafen statt. Alle Kollegen, auch Nichtmitglieder, werden gebeten, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Verlesen der Niederschrift, 2. Zahlen der Beiträge, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Vorstandswahl, 5. Bericht vom Verbandstage, 6. Verschiedenes.
J. A.: Schröder, 1. Vorsitzender.

Bez.-B. Stendal. Die Versammlung am 6. Juli 1919 wurde vom 1. Vorsitzenden um 3 Uhr eröffnet und geleitet. Erschienen waren 13 Kollegen. Die Tagesordnung umfaßte 5 Punkte: 1. Verlesen der Niederschrift von der letzten Versammlung, 2. Aufnahme neuer Mitglieder. Aufgenommen

wurde Kollege Rottenführer Hermann Klein aus Jäven vom 1. Juli 1919 an. 3. Beitragszahlung. 4. Wahl des 1. Vorsitzenden. Nach Klärung der Sache wurde Kollege Banke mit großer Mehrheit wiedergewählt. 5. Verschiedenes. Schluß der Versammlung 5 1/2 Uhr. — Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 19. Oktober 1919, in Rathenow statt. Zeit und Lokal wird noch später in der Zeitung bekanntgegeben. Um zahlreiches Erscheinen und Einführung neuer Mitglieder bittet

Der Vorstand. J. A. Ulrich, 1. Schriftf.

Bez.-B. Stettin. Am 11 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege Groth, die Versammlung. Er dankte zunächst den Kollegen für ihr Erscheinen. Es waren 11 Kollegen erschienen. Vor Beginn der Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Wendel durch Erheben von den Sätzen geehrt. 1. Die Niederschrift wurde verlesen und angenommen. 2. Die Einnahme der Beiträge ging schnell vonstatten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Aufgenommen wurden die Kollegen Gürgens und Lindemann. 4. Verschiedenes. Von Kollegen Bötz wurde darauf hingewiesen, daß vom Betriebsamt 2. Stn., eine Verfügung ausgegeben ist, wonach der Rottenführer einen Sonntag dienstfrei und einen Sonntag dienstbereit sein soll. Von der Versammlung wurde beschlossen, daß der Vorstand den Kollegen Rummerow benachrichtigen soll, daß er diesen Antrag bei der Hauptversammlung zur Sprache bringt, damit der Dienst noch einmal geregelt wird, zumal uns doch nur 48 Stunden Arbeitszeit zustehen. Von Kollegen Wendt wurde der Antrag gestellt, daß die formlose Prüfung wegfällt müßte. Ihm sei ein Kollege bekannt, der die Formlose macht, und als er an der Reihe war, sie zu machen, fiel er zweimal damit herein. Selbiger macht aber seinen Dienst nach wie vor. Da sich niemand mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung um 1 Uhr geschlossen. — Unsere nächste Versammlung findet am 12. Oktober 1919 statt. Da der 1. Vorsitzende in der nächsten Versammlung das Resultat vom Verbandstage in Essen bekannt gibt, werden sämtliche Kollegen gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Auch neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Müller, 1. Schriftführer.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Es soll in nächster Zeit eine Beilage unserer Zeitung beigelegt werden, worin die Namen und Wohnorte der Vorstandsmitglieder der Bezirksvereine angeführt werden sollen. Zu diesem Zwecke ersuche ich die Schriftführer der Bezirksvereine sofort um Angabe der Namen und des Wohnortes des 1. Vorsitzenden, des 1. Schriftführers und des 1. Schatzmeisters. Postkarte genügt, aber um deutsche Schrift wird gebeten.

2. Der Verbandstag hat in seiner Sitzung am 14. ds. Monats beschlossen, Erhebungen über das Dienstalter der Hilfsrottenführer anzustellen. In diesem Zwecke bitte ich die Bezirksvereinsvorstände, die Hilfsrottenführer (Mitglieder) aufzufordern: 1. das Lebensalter, 2. Zeit des Eintritts bei der Eisenbahnverwaltung, und 3. anzugeben, seit wann Hilfsrottenführer. Diese Angaben sind zu sammeln und dem Unterzeichneten einzusenden.

3. Eine größere Anzahl Vereinsabzeichen ist noch vorhanden, wir bitten die Bezirksvereine, bei Bedarf diese bei dem Unterzeichneten zu bestellen, damit das ausgegebene Geld auch der Kasse zufließt. Schneider, Verbandsvor.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Berlin, 7. 8. 1919, 6 1/2 Uhr, Berlin, Vereinslokal.

Breslau, 24. 8. 1919, 11 Uhr, Görlitz.

Cöln, 17. 8. 1919, 3 1/2 Uhr, Cöln, Rest. Bendheuer.

Düsseldorf, 17. 8. 1919, vorm. 9 Uhr, Dpladen, Oberbau-Hauptmagazin.

Frankfurt a. M., 5. 10. 1919, 1 Uhr, Frankfurt a. M., Vereinsl.

Leipzig, 6. 8. 1919, 7 Uhr, Leipzig, Vereinslokal.

Magdeburg, 3. 8. 1919, 11 Uhr, Angerburg, Kaufmann Grün.

Münster, 10. 8. 1919, 11 Uhr, Münster, Rest. Postkamp.

Wittenberge, 17. 8. 1919, nachm. 2 Uhr, Hotel Kaiserhof, Bahnstr.

Salzwedel, 10. 8. 1919, vorm. 10 1/2 Uhr, Gastwirt W. Neumann.

Schneidemühl, 5. 10. 1919, 2 Uhr, Schneidemühl, Eisenb.-Kantine.

Stendal, 19. 10. 1919, Rathenow.

Stettin, 12. 10. 1919.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvor. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Sundt sel. Wwe., Sattingen-Ruhr. — Druck: C. Sundt sel. Wwe., Sattingen-Ruhr.

Glückwünsche.

Unser Vereinsmitglied, der 1. Schriftführer

Joh. Wöltjen

ist ab 1. Juli d. Js. zum Rottenführer ernannt worden. Wir gratulieren recht herzlich.

Die Mitglieder des Bez.-B. Bremen.

J. A.: Immoor, Vors.

Unsern lieben Vereinskollegen

Wilhelm Müller

in Magdeburg-Buckau zu seinem 25jähr. Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Der Vorstand des Bez.-B. Magdeburg.

J. A.: H. Schulz, 1. Vors.

Beileid.

Unsern Kollegen, dem Rottenführer

Karl Ruhnert

in Wahlwinkel zum Tode seiner Ehefrau unser herzlichstes Beileid.

Der Vorstand des Bez.-B. Magdeburg.

J. A.: H. Schulz, 1. Vors.

Tauschgesuche.

Welcher Rottenführer oder Hilfsrottenführer polnischer Nationalität tauscht mit Rottenführer deutscher Nationalität in ländlicher Gegend? Dienstwohnung mit etwa 5 Morgen gutem Dienstland und Wiese vorhanden. Gute Lebensmittelverhältnisse.

Gest. Offerten an Rottenführer Nebel in Margonin Kreis, Kolmar in Posen.

Welcher Rottenführer polnischer Nationalität würde auf einen Tausch nach Gr. Sablan (Westpreußen) eingehen? Dienstwohnung, Pacht- und Gartenland mit Obstbäumen vorhanden. Kirche und Schule am Ort.

Zuschriften erbittet Rottenführer G. Schneider, Gr. Sablan (Westpreußen); Bahnhof.

Welcher Kollege polnischer Nationalität tauscht mit Kollegen in Westpreußen? Hier Dienstwohnung (3 Zimmer und Küche, elektr. Licht und Wasserleitung), Land und schöner Garten.

Zuschriften erbittet Rottenführer Fr. Rohol, Stralsburg, Westpreußen, Bahnhof.

Welcher Rotten- oder Hilfsrottenführer polnischer Nationalität aus Brandenburg oder Pommern (ländliche Stelle oder kl. Stadt) tauscht mit Kollegen aus der Provinz Posen? Gute Zugverbindung. 10 Min. von Posen. Hier Gelegenheit zum Viehhalten. Garten, Land und Dienstwohnung vorhanden.

Bruno Gegenmantel, Hilfsrottenführer, Sawica, Posen. Auskunft erteilt Weichensteller Gustav Dümke, Frankfurt a. D., Gr. Müllroserstr. 78.

Stempel liefert billigt C. Sundt sel. Wwe. Sattingen-Ruhr

Wenn
des Kollege
selben voll
dort in sei
schen diese
braucht ja
det man se
zum Schad
fester Kolle
es ist ihne
men, daß
ihre Rechte
Interesselo
eine Faulhe
and Bezirks
es mit der
lich ernst r
den Anschlu
den. Hoffen
— Die rid
teffen wor
jahr darau
Kollegen in
Großorgani
Interessen d
men werden
wo es heis
werftastis
mit den o
Unterbeam
so muß m
einer solche
solche Verb
lich erdreit
Stellung zu
sammenarbe
lung hat?
in keinem
Anschluß an
Bande dann
114 bitte
lich den S
nicht anfüh
fassung in
konnte. Kol
zu denken,
welche die
Auffassung
bahnbeamte
sich denn d
geeignet ist
Auch darin
daß wir n